

Peter Fischer-Bollin

Die politischen Systeme Zentralamerikas*

1. Einleitung

Die politischen Systeme der sieben zentralamerikanischen Staaten sind in vielerlei Hinsicht ein Spiegel der regionalen und lokalen Geschichte, der innen- und außenpolitischen Machtverhältnisse sowie der politischen Kultur. Heute stellen sie mit ihrem institutionellen Rahmen den Ausgangspunkt für die weitere Demokratisierung (Fischer-Bollin 2000) und soziale Entwicklung dar. Ausgehend von der Definition der politischen Systeme als “a set of institutions concerned with formulating and implementing the collective goals of society or of groups within it” (Almond/Powell 1996: 28f.) beleuchtet dieser Beitrag vorrangig das institutionelle Gefüge in den zentralamerikanischen Staaten, wie es in den jeweiligen Verfassungssystemen festgelegt ist. Einleitend werden dazu jeweils die Funktionen und Rollen der Verfassung als politischem Basisdokument und der drei Gewalten von Legislative, Exekutive und Judikative sowie deren Verhältnis untereinander vorgestellt. Aufgrund ihrer Bedeutung für die Ausformung der politischen Systeme werden anschließend die sieben Wahlsysteme miteinander verglichen und die Parteiensysteme dargestellt. Abschließend werden eine Bewertung der aktuellen politischen Systeme anhand demokratischer Normen präsentiert und einige Reformvorschläge für die politischen Systeme formuliert.

2. Die Verfassungen und die drei Gewalten

In den fünf aus dem spanischen Generalkapitanat Guatemala hervorgegangenen Ländern (Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica) begann der Konstitutionalismus mit der Unabhängigkeit von Spanien im Jahr 1821. Erste nationale Verfassungen wurden in den ehemaligen Provinzen von den verfassungsgebenden Versammlungen erst später verabschiedet – als die Zentralamerikanische Föderation als politisches Projekt scheiterte. Die beschlossenen Verfassungen waren am Liberalismus orientiert, der die Trennung von Staat und Kirche sowie die Freiheit der wirtschaftlichen

* Der Beitrag wurde Ende 2005 abgeschlossen.

Aktivität für die Bürger festschrieb. Eine Änderung der realen Machtverhältnisse zwischen den Oligarchien einerseits und der Partizipationsansprüche der Bevölkerungsmehrheit andererseits brachten diese Verfassungen jedoch nicht.

Seit dem 19. Jahrhundert wurden eine Reihe von Verfassungsänderungen und auch ganz neue Verfassungen beschlossen. Die letzte Welle an neuen Verfassungen entstand im Zuge der Demokratisierungsprozesse der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, als in Honduras (1982), El Salvador (1983), Guatemala (1985) und Nicaragua (1987) die heute gültigen Verfassungen in Kraft traten. In El Salvador (1994) und Nicaragua (1990) wurden sie im Zuge der Friedensprozesse vor allem zur politischen Integration der ehemaligen Bürgerkriegsparteien sowie zur Demokratisierung der politischen Institutionen grundlegend reformiert (Bendel/Krennerich 1996). In Guatemala scheiterte eine Verfassungsreform zuletzt an der nicht ausreichenden Unterstützung in einer Volksbefragung am 16. Mai 1999. Die bereits 1949 beschlossene Verfassung Costa Ricas wird oft als Indiz für die politische Stabilität dieses Landes gewertet. Die Verfassung Belizes entstand während des Unabhängigkeitsprozesses von der Kolonialmacht Großbritannien im Jahre 1981 und geht mit ihren Regelungen ebenso weit ins Detail wie die Verfassungen der spanischsprachigen Nachbarn. Panamas Verfassung trat zwar ursprünglich 1972 in Kraft, um die Machtstellung General Torrijos' abzusichern, wurde aber nach seinem Tod 1983 in wesentlichen Teilen reformiert.

Gemeinsam sind allen zentralamerikanischen Verfassungen ein sehr ausführlicher Grundrechtsteil und Staatszielbestimmungen, die vor dem Hintergrund der realen politischen Möglichkeiten weitestgehend als Verfassungssymbolik bewertet werden müssen.¹ Mit der Ausnahme Belizes handelt es sich bei allen Verfassungen Zentralamerikas um Präsidialverfassungen, die dem nordamerikanischen Modell nachempfunden sind. Sie sehen den Staatspräsidenten als Staatsoberhaupt und Regierungschef, der im Zentrum der Exekutive steht und mit seinem Vetorecht auch in die legislativen Prozesse eingreifen kann. Es gibt in sechs Staaten ein Einkammerparlament mit unterschiedlich starker Stellung im politischen System (Krumwiede 1997). Aufgrund der stark abweichenden Kolonialgeschichte ist in Belize ein vom Westminster-Modell Großbritanniens geprägtes politisches System entstanden, in dem der Führer der Mehrheitsfraktion im Parlament automatisch Premierminister

1 Die Verfassungen der zentralamerikanischen Staaten, auf die im Folgenden Bezug genommen wird, wurden von der Georgetown University (2005) zusammengestellt. Dort finden sich auch die entsprechenden Wahlrechtsvorschriften.

und damit Regierungschef wird (Art. 37). Belize verfügt im Gegensatz zu den spanisch beeinflussten Staaten auch über eine zweite Parlamentskammer, den Senat.

In allen sechs spanischsprachigen Ländern handelt es sich um unitarische und zentralistische Staaten, die in Provinzen und Gemeinden untergliedert sind. Den Provinzen stehen von der Zentralregierung eingesetzte Gouverneure vor, die in der Regel lediglich über administrative bzw. koordinierende Funktionen verfügen. In den Gemeinden werden die Bürgermeister und Gemeindevertretungen meist direkt gewählt. Ihre finanziellen Ressourcen stammen zum überwiegenden Teil aus dem Haushalt des Zentralstaates und bedeuten damit einen dominanten Einfluss des Zentrums auf die realen politischen Möglichkeiten der Peripherie.

Alle Verfassungen teilen die Staatsgewalt nach dem klassischen Modell in Legislative, Exekutive und Judikative. Die nicaraguanische Verfassung kennt mit der "Wahlmacht" (Art. 7: "Poder Electoral") noch ein viertes Staatsorgan.

2.1 Legislative

Die stärkste Stellung eines Parlamentes findet sich in Belize, wo die politischen Mehrheiten der im Fünf-Jahres-Rhythmus gewählten Abgeordneten der ersten Kammer (*House of Representatives*) über die Besetzung des Amtes des Regierungschefs (Premierminister) entscheiden. Daneben hat die *National Assembly* die beiden klassischen legislativen Aufgaben zu erfüllen: Gesetze zu erlassen und die Regierung zu kontrollieren. Dazu verfügt das Parlament über die Möglichkeit eines Misstrauensvotums, mit dem der Premierminister und die gesamte Regierung gestürzt werden können (Art. 37). Aber auch die Regierung besitzt ein Machtmittel gegenüber dem Parlament, indem nämlich der Premierminister dem Generalgouverneur die Auflösung des Repräsentantenhauses und anschließende Neuwahlen vorschlagen kann. Dieses Instrument der Parlamentsauflösung existiert in keinem anderen zentralamerikanischen Staat. In den spanischsprachigen Ländern der Region liegen die Aufgaben der Einkammer-Parlamente in erster Linie in der Gesetzgebung und dem Haushaltsrecht, was ihnen eine teilweise starke Stellung gegenüber der Regierung ermöglicht. Die verfassungsrechtliche Schranke für den parlamentarischen Einfluss bei der Gesetzgebung sind präsidentielle Vetorechte. Grundsätzlich verfügen alle zentralamerikanischen Staatspräsidenten über das Recht, ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz nicht zu unterzeichnen, es an die Abgeordneten zur erneuten Beratung zurückzu-

Schaubild 1: Charakteristika der Regierungssysteme in Zentralamerika

Staat	Regie- rungs- system	Entstehung der aktuellen Verfassung	Notwendige Mehrhei- ten bei Präsidenten- wahl	Wieder- wahl des Präsi- denten	Präsi- den- tielles Vetorecht	Einkam- merparla- ment	Parlam.- Auflösung möglich	Zitierrecht des Parla- ments für Minister	Eigenstän- diges Ver- fassungs- gericht
Belize	Parla- men- tarisch	1981	-----	-----			X		
Guatemala	Präsidual	1985	50% im 1. Wahlgang; einfa- che Mehrheit im 2. Wahlgang	keine	X	X		X	X
El Salvador	Präsidual	1983	50% im 1. Wahlgang; einfa- che Mehrheit im 2. Wahlgang	X ¹	X	X		X	
Honduras	Präsidual	1982	Einfache	keine	X ³	X			
Nicaragua	Präsidual	1987	35% / 40% ²	X ¹	X	X			
Costa Rica	Präsidual	1949	40%	X ¹	X ³	X		X	
Panama	Präsidual	1972/83	Einfache	X ¹	X	X		X	

¹ Keine direkte Wiederwahl, Amtsinhaber muss mindestens eine Wahlperiode aussetzen. In Costa Rica erfolgte eine Neuauslegung von Art. 132 der Verfassung durch die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes am 4. April 2003, die die Wiederwahl in diesem Sinne erlaubt.

² Es reichen 35% im 1. Wahlgang, wenn der zweitplatzierte Kandidat mindestens fünf Prozentpunkte weniger an Stimmen aufweist, sonst sind 40% für den Wahlsieg im 1. Wahlgang erforderlich.

³ Nicht bei Haushaltsgesetzen

leiten und damit dessen Inkrafttreten zu verhindern. In Nicaragua können die Abgeordneten mit einfacher Mehrheit ein solches Veto überstimmen, während in den anderen Ländern dazu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Gestärkt wurden die Parlamente in Costa Rica und Honduras durch die Beschränkung, dass der Präsident bei den Haushaltsgesetzen kein Veto einlegen darf. Damit können die Parlamente in diesen beiden Staaten über die Haushaltsgesetzgebung starken Einfluss auf das Regierungshandeln ausüben (Krumwiede 1997: 102). In der Mehrzahl der zentralamerikanischen Staaten verfügen die Parlamente über das wichtige Recht, die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes zu wählen. In Guatemala und El Salvador können die Parlamente dazu aus einer Vorschlagsliste, die ein eigens dafür eingerichtetes Gremium präsentiert, auswählen. In Honduras und Costa Rica liegen Vorschlag und Auswahl der obersten Richter ausschließlich in der Hand der Parlamente, während in Nicaragua auch der Präsident Kandidaten für die Richterwahl vorschlägt. In Panama und Belize wirkt das Parlament hingegen nicht durch Wahl, sondern nur durch Beratung (Belize) und Zustimmung (Panama) an der Besetzung der Obersten Gerichtshöfe mit. Eine Beteiligung der Bevölkerung an der Gesetzgebung ist nur in Guatemala und Nicaragua vorgesehen: In Guatemala kann das Parlament durch eine Volksinitiative zur Behandlung eines Verfassungsreformvorschlages gezwungen werden (Art. 277). Verfassungsänderungen bedürfen vor Inkrafttreten der Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit (Art. 280). In Nicaragua haben die Bürger das Recht, Gesetzentwürfe in das Parlament einzubringen, solange sie nicht die Staatsorganisation, das Steuerrecht, internationales Recht oder Amnestien betreffen (Art. 140).

2.2 Exekutive

Wichtigste Legitimationsquelle für die Staatspräsidenten in den spanischsprachigen Ländern Zentralamerikas ist ihre Direktwahl durch die wahlberechtigte Bevölkerung. Von dieser erhalten sie das Mandat, im Auftrag des "Volkes" zu sprechen und zu handeln. Aus diesem Grund wird das Einwirken anderer Staatsorgane oft als störend oder nicht legitim empfunden. Das schon erwähnte Vetorecht des Präsidenten verstärkt den Eindruck, er stehe über dem Parlament und könne dieses nötigenfalls zurechtweisen. In nahezu allen Präsidialdemokratien Zentralamerikas werden die Präsidenten durch Vizepräsidenten unterstützt, vertreten und im Notfall ersetzt. In Costa Rica und Panama gibt es jeweils zwei Vizepräsidenten, während in Honduras drei *designados* den Präsidenten ausschließlich im Falle seiner Abwesenheit oder

völligen Verhinderung vertreten. In allen Präsidentialrepubliken Zentralamerikas ernennen die Präsidenten die Minister und berufen sie auch wieder ab. In Guatemala, El Salvador, Costa Rica und Panama haben die Parlamente allerdings das Recht, die Minister in Plenumsitzungen zu zitieren. Für dieses *Procedere* ist in Guatemala keine Mehrheit vorgeschrieben, während in El Salvador eine einfache Mehrheit und in Costa Rica und Panama eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Die Möglichkeit des Misstrauensvotums gegen einzelne Minister gibt es nur in Guatemala. Obwohl Belize als parlamentarisches System angelegt ist, verfügt die Exekutive über starke Kompetenzen: Einerseits hängt der Regierungschef vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit ab, aber andererseits kann er im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur eine Parlamentsauflösung mit anschließenden Neuwahlen durchsetzen. Die enge Bindung zwischen beiden Organen zeigt sich auch an der Tatsache, dass ausschließlich Parlamentsmitglieder zum Premierminister bzw. Minister ernannt werden können.

2.3 *Judikative*

In allen sieben zentralamerikanischen Staaten ist die Justiz als unabhängig definiert und verfügt an ihrer Spitze über einen Obersten Gerichtshof. Die Richter werden in den spanischsprachigen Ländern mit der Ausnahme Panamas von den Parlamenten gewählt. Der Oberste Gerichtshof nimmt neben den Rechtsprechungsfunktionen meist auch administrative Funktionen für das gesamte Rechtswesen wahr. Von ihm wird der Haushalt der Justiz verwaltet, werden Stellen besetzt und die Verwaltung geleitet. Die Finanzierung der Justiz wird durch einen in der Verfassung festgeschriebenen Mindestanteil am Staatshaushalt oder den Staatseinnahmen sichergestellt. Die Wahl der Mitglieder der Obersten Gerichtshöfe wurde seit dem Beginn der Transformationsprozesse in den achtziger Jahren von politischen Einflüssen befreit: In Guatemala etwa werden dem Parlament Vorschläge von einer Kommission, die aus Vertretern der Universitäten, der Anwaltskammer und der Appellationsgerichte besteht, zur Auswahl vorgelegt. In El Salvador existiert ein ähnliches Vorschlagsgremium. Das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit für die Richterwahl zwingt die Parlamentsmehrheit und die Opposition, Kompromisse in diesen wichtigen Personalfragen zu finden. Auch bei diesem Thema überrascht das parlamentarische System Belizes, das dem Parlament keine direkten Wahlrechte für die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes überträgt. Der Generalgouverneur ernennt die Richter in Abstimmung mit dem Premierminister und dem Oppositionsführer. Eine formelle Wahl

oder anders geartete Zustimmung durch das Parlament existiert jedoch nicht. Die Auslegung der Verfassung oder die Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen den Verfassungsorganen kommt in der Regel dem Obersten Gerichtshof zu, der in Costa Rica, El Salvador, Nicaragua und Honduras (seit 2002) zu diesem Zweck über eine eigene Kammer verfügt. Nur in Guatemala existiert ein unabhängiges Verfassungsgericht, das nicht in die Hierarchie des Justizapparates eingebunden ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Verfassungen in den spanischsprachigen Ländern ein Präsidialsystem begründen, in dem jedoch den Parlamenten eine Vielzahl von Rechten eingeräumt wird, die sie zu einem potenziellen Gegengewicht im politischen System im Sinne der *checks and balances* werden lassen. In Belize geht die Exekutive zwar aus dem Parlament hervor, verfügt aber diesem gegenüber über eine sehr starke Stellung. Insgesamt existiert in ganz Zentralamerika jedoch eine *De-facto*-Dominanz der Exekutive gegenüber der Legislative.

3. Die Wahlsysteme

In den sechs spanischsprachigen Ländern Zentralamerikas werden die Parlamente überwiegend nach dem reinen Verhältniswahlrecht besetzt. In Guatemala, El Salvador und Nicaragua werden je Provinz eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten über regionale Parteilisten ermittelt und zusätzlich ein Teil der Mandate über nationale Listen vergeben. In Honduras werden alle 128 Abgeordneten über *Departamento*-Listen ermittelt. In Panama wurden im Jahr 1999 insgesamt 40 Wahlkreise gebildet, die eine unterschiedliche Anzahl von Mandaten zu vergeben haben: Je nach Bevölkerungszahl des Wahlkreises liegen diese zwischen einem und sechs Mandaten, was in 26 Wahlkreisen mit einem Mandat faktisch zu einem Mehrheitswahlrecht führt.

Zur Reduzierung der Parteienvielfalt gibt es in den meisten Staaten Hürden, die zum Einzug in die Parlamente von den jeweiligen Parteien überwunden werden müssen.² Allerdings bedeutet das Nichterreichen dieser prozentualen Hürden oder die Nichtteilnahme an Wahlen in Guatemala, El Sal-

2 In Guatemala sind 4% der Stimmen oder der Gewinn eines Parlamentsmandates erforderlich; in El Salvador 3% der Stimmen für Einzelparteien und 6% für Parteienallianzen; in Honduras allein 10.000 Stimmen; in Nicaragua 4% der Stimmen; in Costa Rica sind nur 3.000 Stimmen auf nationaler Ebene nötig, Regionalparteien müssen von 1% der eingeschriebenen Wähler der Gemeinde/Region gewählt werden; in Panama sind 3% der Stimmen nötig.

vador, Nicaragua, Costa Rica und Panama auch die gesetzliche Auflösung der betreffenden Partei. Diese harte Regelung garantiert jedoch keineswegs die Stabilität der jeweiligen Parteiensysteme. Interessanterweise verfügen mit Costa Rica und Honduras gerade die Länder mit den geringsten Anforderungen an die Gründung und Aktivität von Parteien über die stabilsten Parteiensysteme. Die Führer der gescheiterten Parteien gründen häufig einfach eine neue Bewegung, um bei den nächsten Wahlen wieder antreten zu können. So ist in vielen Ländern ein breites Spektrum an "recyclefähigen" Politikern entstanden, die zum Teil seit vielen Jahren immer wieder bei Wahlen kandidieren, jedoch unter wechselnden Parteinaamen. In Belize werden die Abgeordneten nach dem Mehrheitswahlrecht ermittelt: Nur der Kandidat mit der relativen Mehrheit der Stimmen in einem Wahlkreis schafft den Einzug in das Repräsentantenhaus. Eine solche Regel führt zu relativ deutlichen Mehrheiten im Parlament, auch wenn die Stimmenverteilung diesen Unterschied nicht hergibt.

Die Wahlrhythmen sind in Zentralamerika sehr unterschiedlich: In Guatemala, Honduras, Costa Rica und Panama werden Präsident, Parlamentsabgeordnete und kommunale Mandatsträger am selben Tag, aber in getrennten Wahlgängen alle vier Jahre (Guatemala, Honduras, Costa Rica) bzw. fünf Jahre (Panama) gewählt. In El Salvador finden hingegen alle drei Jahre am selben Tag Parlaments- und Kommunalwahlen statt, während der Präsident für fünf Jahre gewählt wird. In Nicaragua werden Präsident und Parlament am selben Tag für fünf Jahre und die kommunalen Amtsträger unabhängig davon für vier Jahre gewählt. Kandidaten zu den Parlamentswahlen dürfen in allen zentralamerikanischen Staaten außer Honduras nur von den zugelassenen politischen Parteien aufgestellt werden; lediglich bei den Kommunalwahlen in Guatemala und Panama ist es erlaubt, dass lokale Wahl- oder Bürgerkomitees eigene Kandidaten aufstellen. In Costa Rica können auch regionale Parteien zu den Wahlen antreten.

Bei den Präsidentschaftswahlen gilt das Prinzip der Direktwahl, der Wähler hat somit die direkte Entscheidungsmöglichkeit über den Staats- und Regierungschef in seiner Hand. In Panama und Honduras ist derjenige Kandidat gewählt, welcher im ersten und einzigen Wahlgang die einfache Mehrheit der Stimmen auf sich vereint. Diese relativ niedrige Hürde kann in Verbindung mit niedriger Wahlbeteiligung zu quantitativ geringer Repräsentativität des späteren Präsidenten führen. In Costa Rica und Nicaragua sind zweite Wahlgänge nötig, wenn keiner der Kandidaten 40% (Costa Rica) bzw. 35% (Nicaragua) der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang er-

reicht, wobei in Nicaragua der Abstand zum Zweitplatzierten mindestens fünf Prozentpunkte betragen muss, sonst gilt ebenfalls das 40%-Limit. In Guatemala und El Salvador liegt diese Hürde gar bei 50% der abgegebenen Stimmen. In allen vier Staaten reicht jedoch im zweiten Wahlgang, an dem die beiden Bestplatzierten aus der ersten Runde teilnehmen, die einfache Stimmenmehrheit zum Wahlsieg aus. Die Wahlen 2002 brachten jedoch für Costa Rica erstmals das Ereignis einer Stichwahl; seit 1949 waren alle Präsidenten hingegen bereits im ersten Wahlgang gewählt worden.

Die Kommunalwahlsysteme der einzelnen Länder unterscheiden sich deutlich: In Costa Rica, Nicaragua, Honduras und Guatemala werden die Mitglieder der Gemeinderäte nach dem Verhältniswahlrecht zusammengesetzt. In Costa Rica wird der Bürgermeister aber ab dem 1. Dezember 2002 auf dem Wege der Direktwahl ermittelt, was ihm mehr unmittelbare Legitimation verleiht, aber auch die Zusammenarbeit mit einem von einer anderen Partei dominierten Gemeinderat erfordern kann. In El Salvador besetzt die siegreiche Wahlliste alle politischen Ämter einer Gemeinde. Da keine weiteren politischen Beratungsgremien existieren, wird die parteipolitische Opposition bis zur nächsten Wahl aus dem amtlichen politischen Leben völlig ausgeschlossen.

Zur administrativen und juristischen Bewältigung der Wahlprozesse wurden in den spanischsprachigen Ländern vor allem im Zuge der Demokratisierungsprozesse der achtziger Jahre Wahlbehörden eingerichtet, die je nach Land als *Tribunal* oder *Wahlrat* bezeichnet werden. Diese sind für die organisatorische Durchführung der Wahlen vom Wahlauf Ruf über die Wahllokale bis zur Stimmenauszählung und Ergebnisbekanntgabe zuständig. Schon durch diese Funktionen kommt den Wahlbehörden nach den vielfältigen Erfahrungen der Zentralamerikaner mit Wahlfälschungen und Wahlbetrug während der diversen Diktaturen eine enorme Bedeutung zu. Die Wahlbehörden üben eine weitere wichtige Funktion im Hinblick auf das Parteienwesen aus: Sie haben die administrative Aufgabe, ein Parteienregister zu führen, das exklusiv den politischen Gruppierungen den Rechtsstatus und die Vorteile einer politischen Partei verleiht. Die Wahlbehörden registrieren neue Gruppierungen als Partei und lösen sie wieder auf. Alle diese Funktionen unterstreichen die hohe politische Bedeutung und den großen Einfluss, über den die Richter der Wahlbehörden in den spanischsprachigen Ländern Zentralamerikas verfügen. Ihre einflussreiche Stellung birgt politische Brisanz, insbesondere in jenen Ländern, in denen entweder die politischen Parteien (in El Salvador werden drei von fünf Richtern von den drei stärksten

Schaubild 2: Bevölkerung und Wahlen

Staat	Bevölkerung in Mio. Einwohnern*	Stimmenzahl des amtierenden Präsidenten im 1. Wahlgang in Mio.	Stimmenzahl des amtierenden Präsidenten im 1. Wahlgang in % der Einwohner	Abgeordnete im Parlament	Provinzen/ Departamentos/ Distrikte	Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen in %
Belize	0,25	-----	-----	29	6	90,0
Guatemala	11,10	1,045	9,4	113	22	53,8
El Salvador	6,20	0,614	9,9	84	14	37,0
Honduras	6,30	1,038	16,5	134	18 (+1)	72,5
Nicaragua	4,90	1,228	25,1	90	17	90,0
Costa Rica	3,60	0,590	16,4	57	7	68,2
Panama	2,80	0,572	20,4	72	9	76,9

* Die Bevölkerungsangaben sind dem *Brockhaus Jahrbuch 2000* entnommen.

Parteien und zwei weitere vom Obersten Gerichtshof bestimmt, ähnlich auch in Honduras) oder die Parlamente (Guatemala, Nicaragua, Panama) über deren Ernennung beschließen. Es ist daher kein Zufall, dass mit Costa Rica jenes Land als stabilste Demokratie gilt, in dem die Mitglieder der Wahlbehörde vom Obersten Gerichtshof und nicht direkt oder indirekt von den politischen Parteien bestimmt werden. Die Wahlkommission Belizes (*Elections and Boundaries Commission*) wird vom Generalgouverneur in enger Abstimmung mit dem Premierminister und dem Oppositionsführer bestimmt, was eine gewisse Ausgewogenheit der Mitglieder dieser wichtigen Einrichtung sichert.

Bisher müssen sich die wahlinteressierten Bürger in Wahlregister eintragen lassen, die von den Wahlbehörden geführt werden. Organisatorische Unzulänglichkeiten und Korruption führen in den meisten Ländern jedoch dazu, dass diese Wahlregister nicht sehr effizient sind: Wahlwillige Bürger finden sich überhaupt nicht wieder, andere sind doppelt aufgeführt. Ein einheitliches Ausweisdokument könnte die Einschreibung als Wähler sicherstellen, das System modernisieren und vereinfachen (INCEP 2001). Ein weiteres Reformvorhaben wäre das *voto residencial*. Bisher sind die Bürger in den meisten Ländern dazu verpflichtet, dort zu wählen, wo sie in das Wahlregister eingeschrieben wurden (häufig der Geburtsort). Das führt oft zu langen Anreisen zum zuständigen Wahllokal und häufig zu der Entscheidung, überhaupt nicht zu wählen. Die Möglichkeit, am Wohn- oder Aufenthaltsort zu wählen, könnte die Tür zu mehr Bürgerpartizipation öffnen. Die oft geringe Beteiligung der Bürger an den freier gewordenen Wahlprozessen ist vor allem auf technische, politische und individuelle Faktoren zurückzuführen, wie etwa ineffiziente Wahlregister, Transportprobleme, Analphabetismus, überhöhte Erwartungen oder politische Frustration.

4. Die politischen Parteien

Die Stellung der Parteien in den politischen Systemen Zentralamerikas ist bei allen Unterschieden im Einzelfall generell von zwei auf den ersten Blick widersprüchlichen Faktoren geprägt: Ihrer verfassungsrechtlich abgesicherten Monopolstellung bei der politischen Partizipation und dem tatsächlich eher geringen Einfluss auf die täglichen Entscheidungen der Politikgestaltung (Jost 1997). Alle Verfassungen erwähnen die politischen Parteien mit der Funktion, die politische Beteiligung der Bürger zu ermöglichen. In El Salvador räumt die Verfassung den Parteien sogar das Monopol ein, politische Ämter zu besetzen (Art. 85). In Belize finden die Parteien nur im Zu-

sammenhang mit der Vereinigungsfreiheit der Bürger in der Verfassung Erwähnung (Art. 13). Die Parteiensysteme stellen sich heute in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich dar: Belize, Honduras und Costa Rica verfügen über ein stabiles Zweiparteiensystem, während El Salvador und Panama Tendenzen vom Mehr- zum Zweiparteiensystem aufweisen und in Guatemala sowie Nicaragua die Parteiensysteme vor allem von Instabilität gekennzeichnet sind, obwohl auch in Nicaragua auf dem Wege eines Paktes zwischen den beiden großen Parteien PLC (*Partido Liberal*) und FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*) der Versuch unternommen wird, dauerhaft ein Zweiparteiensystem zu etablieren.

In **Belize** (Illy/Laceur 1995: 366f.) ist das Zweiparteiensystem mit der PUP und der UDP eine Folge des reinen Mehrheitswahlrechtes, das wie in den USA und Großbritannien diese Form des Parteiensystems begünstigt. Da nur der Wahlsieger in einem Wahlkreis ein Mandat erhält, beschränkt dies das Aufkommen neuer Parteien wegen der mangelhaften Gewinnaussichten stark. Beide belizenischen Parteien sind schon während der Kolonialzeit entstanden. Die PUP war während der letzten 20 Jahre vor der Unabhängigkeit die prägende Kraft und gewann sämtliche Parlamentswahlen. Sie entstand aus der national ausgerichteten Bewegung der im Lande geborenen Kreolen, die sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts um die Herausbildung einer eigenständigen Nation Belize bemühten. Die UDP ist hingegen das Ergebnis der Fusion der *Liberal Party* und des *National Development Movement* in den siebziger Jahren. Ihr gelang es 1984, die ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit zu gewinnen. Anschließend wechselte die Regierung mehrmals zwischen beiden Parteien bis zur heutigen PUP-Regierung von Premierminister Said Musa, der seit 1998 im Amt ist. Die PUP wird als eher sozialdemokratisch orientiert eingestuft, während die UDP mit den US-amerikanischen Republikanern kooperiert und der IDU³ (Shoman 1992: 129f.) angehört.

Der Dualismus von Nationalen (*Partido Nacional de Honduras*, PNH) und Liberalen (*Partido Liberal de Honduras*) in **Honduras** ist weniger vom Wahlrecht beeinflusst, wenngleich das bis 1956 dominierende Wahlsystem den Konzentrationsprozess der Parteienlandschaft wohl begünstigte (Bendel 1996: 231f.). Beide Parteien sind Ende des 19. Jahrhunderts als Verkörperung des traditionellen lateinamerikanischen Gegensatzes von Konservativen

3 Die IDU (*International Democrat Union*) ist ein Bündnis von Mitte-Rechts-Parteien, dem auch ARENA (El Salvador), Partido Nacional (Honduras), PAN (Guatemala) und der Partido Conservador (Nicaragua) angehören.

und Liberalen entstanden und verfügen somit über eine in Zentralamerika einzigartig lange Tradition, die auch von den autoritären Herrschaftsabschnitten der honduranischen Geschichte nicht vollständig unterbrochen werden konnte. Die honduranische Besonderheit während der Militärdiktaturen liegt darin, dass die traditionellen Parteien weiterwirken konnten, ohne jedoch in den (bewaffneten) Widerstand gehen zu müssen. Deshalb konnten sie auch bei den Wahlen nach dem Ende der offenen Militärherrschaft seit 1980 wieder große Wählermengen hinter sich vereinigen. Die Liberalen und die Nationalen zeichnen sich heute durch geringe programmatische Unterschiede aus. Es existieren starke innerparteiliche Fraktionen, die besonders bei den parteiinternen Vorwahlen zur Auswahl des jeweiligen Präsidentschaftskandidaten in Erscheinung treten. Ergänzt wird das honduranische Parteienspektrum durch einige kleinere Parteien, die wie der christdemokratische PDCH und der sozialdemokratische PINU einen kleinen Anteil an Mandaten im Parlament besitzen, aber vor allem in den Kommunen ihre Basis haben. Bei den Wahlen im November 2001 konnten die drei kleinen Parteien PDCH, PINU und UD ihren Mandatsanteil von sechs auf zwölf verdoppeln und auch auf kommunaler Ebene deutliche Stimmengewinne verbuchen. Die Dominanz der beiden großen Parteien ist aber nicht ernsthaft gefährdet und das traditionelle Zweiparteiensystem noch nicht essentiell bedroht.

Das Zweiparteiensystem in **Costa Rica** ist in seiner heutigen Ausformung relativ jung: Der sozialdemokratisch orientierte *Partido de la Liberación Nacional* (PLN) wurde in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts während des Bürgerkrieges gegründet, während der christdemokratische *Partido de Unidad Social Cristiana* (PUSC) 1983 aus einer Fusion von christdemokratischen, konservativen und liberalen Kräften hervorging. Seitdem haben diese beiden Parteien wechselweise den Staatspräsidenten gestellt, oft jedoch ohne eine eigene absolute Mehrheit im Parlament zur Unterstützung der Regierungsarbeit, da dort auch mehrere Kleinparteien vertreten sind. Die heftigsten Kontroversen zwischen beiden politischen Lagern bezogen sich in den letzten Jahren vor allem auf die Privatisierung der Staatsbetriebe. Während der 1998-2002 regierende Präsident Rodríguez (PUSC) eine weit reichende Privatisierung der Staatsbetriebe bei Versorgung, Energie und Telekommunikation erreichen wollte, lehnten große Teile der Bevölkerung und vor allem die Abgeordneten des PLN im Parlament dies ab. Aufgrund der fehlenden Mehrheit des PUSC kam dies einer Blockade durch das Parlament gleich. Diese Umbrüche und Spannungen in der

costa-ricanischen Gesellschaft spiegeln sich auch in den Wahlergebnissen 2002 wider, bei denen mit dem PAC (*Partido Acción Ciudadana*) erstmals eine ernst zu nehmende dritte Kraft hervortrat. Die Präsidentschaftskandidaten von PUSC und PLN wurden bei dieser Wahl erstmals seit 1949 in eine Stichwahl gezwungen. Eine dauerhafte Verschiebung im traditionellen Parteiensystem Costa Ricas könnte sich damit andeuten.

Auch in **Nicaragua** ist das heutige Parteiensystem eine Mischung aus Parteien, die den traditionellen Strömungen des Konservatismus und des Liberalismus entstammen sowie neuen Formationen. Mit dem FSLN ist im Zuge der sandinistischen Revolution 1979 eine ganz neue politische Partei aufgetreten, die sich in den achtziger Jahren als Herrschaftspartei eines sozialistisch-autoritären Systems etablierte, aber nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers im Rahmen des zentralamerikanischen Friedensprozesses eine politische Öffnung mit freien Wahlen zuließ, die zum Machtwechsel führten. Die Wahlen 1990 gewann das Oppositionsbündnis UNO unter Führung von Violeta Chamorro, das aus einer Vielzahl von konservativen, christlich-sozialen und liberalen Gruppen geformt war und nicht zuletzt aufgrund der starken personalistischen Tendenzen bald zerbrach. Ein Unterschied zu den bisher beschriebenen Parteiensystemen ist sicher die starke Zersplitterung des Parteienspektrums, die erst in den letzten Jahren durch gesetzlichen Zwang auf dem Wege der Änderung der Verfassung und des Parteiengesetzes eingeschränkt wurde. Zu den Präsidentschaftswahlen im November 2001 traten nur noch drei Parteien mit Präsidentschaftskandidaten an, die sich allerdings in Wahlbündnissen organisierten. Seit 1997 regierte Arnoldo Alemán (PLC), dessen Partei sich zwar "liberal" nennt, aber starke Verbindungen zum früheren Somoza-Regime aufweist. Zusammen mit dem FSLN änderte er 1999/2000 die Verfassung und das Wahlgesetz dergestalt, dass es kleinen und neuen Parteien mittels hoher technischer Hürden fast unmöglich gemacht wird, sich an Wahlen erfolgreich zu beteiligen. Beobachter sehen in Nicaragua den alten Gegensatz "liberal – konservativ" heute durch "liberal – sandinistisch" ersetzt (Chamorro 2001). Nur eine Entscheidung des Wahlgerichtshofes sicherte Anfang 2003 den kleineren Gruppierungen wieder den Rechtsstatus als politischer Partei, ohne dass damit die Dominanz von PLC und FSLN aufgehoben wäre.

Das Parteiensystem **El Salvadors** weist einige Charakteristika eines Zweiparteiensystems auf, verfügt zusätzlich aber auch über ein sehr instabiles Spektrum an kleineren Parteien. Die nationalistische Partei ARENA entstand als rechte Opposition gegen das Projekt der politischen und sozialen

Reform, das vor allem vom christdemokratischen PDC Anfang der achtziger Jahre vertreten wurde. Der PDC ist aufgrund einiger Skandale, innerer Streitigkeiten und zahlloser Abspaltungen zur Kleinpartei geschrumpft. Seit 1989 stellt ARENA daher den Staatspräsidenten und bemüht sich um ein aufgeklärt konservatives und wirtschaftsliberales Image, das insbesondere vom starken Unternehmerflügel aus dem Finanz- und Industriesektor gefördert wird. Wichtigster Gegenspieler ist seit 1994 der FMLN, die aus der ehemaligen Guerilla-Organisation hervorgegangene Partei, die kommunistisch-sozialistische, sozialdemokratische und christlich-soziale Strömungen in sich vereint. Der 1961 gegründete nationalistische PCN ist die älteste salvadorianische Partei. Der PCN fungierte während der Militärherrschaft bis 1979 als Regimepartei, die jenen von den Streitkräften ausgewählten Kandidaten zur Präsidentschaft verhalf. Seit der Demokratisierung ist sie strategisch an der Seite der ARENA zu finden. Neben diesen Parteien existieren mehrere Kleinparteien, die zumeist aus Abspaltungen hervorgegangen sind. Ihre Bündniskonstellationen untereinander oder mit einer der beiden dominanten Parteien ändern sich laufend. Die politische Polarisierung zwischen diesen beiden Kräften wurde durch die unterschiedlichen Wahlperioden von Präsident (fünf Jahre) und Parlament bzw. Bürgermeister (drei Jahre) ausgeglichen: ARENA gewann die Präsidentschaftswahlen der letzten Jahre zum Teil sehr deutlich, während der FMLN bei den Parlamentswahlen (seit 2000 stärkste Fraktion, aber ohne eigene Mehrheit) und den Bürgermeisterwahlen (seit 1997 Bürgermeister in den meisten großen Städten, darunter die Hauptstadt San Salvador) nennenswerte Erfolge erzielen konnte.

Das Parteiensystem **Guatemalas** ist jenes mit dem geringsten Institutionalisierungsgrad in Zentralamerika: Parteien werden gegründet und verschwinden nach einer oder zwei Wahlen wieder, selbst Regierungsparteien haben nur eine kurze Blütezeit. Seit Beginn der demokratischen Transformation 1985 hat Guatemala vier aus Wahlen hervorgegangene Präsidenten erlebt, die vier verschiedenen Parteien angehörten. Von den im ersten Parlament der Nach-Militärzeit vertretenen Parteien existiert heute nur noch eine, die mit derzeit zwei Abgeordneten vertretenen Christdemokraten (DCG). Die in den Nachbarländern feststellbaren Achsen von Liberalen/Konservativen (Honduras), Linken/Rechten (El Salvador, Nicaragua), Christdemokraten/Sozialdemokraten (Costa Rica) existieren in dieser Form in Guatemala nicht. Zwar ist die Linke seit den Wahlen 1999 mit der Ex-Guerilla URNG im Parlament und in einigen Kommunen vertreten, ihr qualitativer und quantitativer Einfluss ist aber sehr gering. Ebenso wie in El Salvador waren es

ebenfalls die Christdemokraten, die in der Übergangsphase von der Militär- zur zivilen Herrschaft die dominierende Partei waren, diese Rolle aber nach einer ersten Regierungszeit ebenfalls abgeben mussten. In der Nachfolge wurde Guatemala von einer rechtspopulistischen Gruppe unter Jorge Serrano regiert, der aber ohne eigene Parlamentsmehrheit blieb und nach einem gescheiterten Selbstputsch abgesetzt wurde. Der anschließend regierende PAN konnte seinen Erfolg bei der Wahl 1999 jedoch nicht wiederholen. Stattdessen erzielte die vom ehemaligen Militärherrscher und Sektenprediger General Efraín Ríos Montt gegründete rechtspopulistische Bewegung FRG einen überwältigenden Wahlsieg. Mit dem früheren Linken und anschließenden Christdemokraten Alfonso Portillo gewann Ríos Montt einen Kandidaten mit ausgeprägten rhetorischen und populistischen Fähigkeiten, der den Wahlkampf beherrschte und triumphal gewann. Für die Wahlen 2003 stellte sich Ríos Montt dann selbst auf, obwohl Art. 186 der Verfassung die Präsidentschaft ehemaliger Diktatoren ausdrücklich untersagt. Das Verfassungsgericht jedoch erklärte seine Präsidentschaftskandidatur diesmal für rechtsgültig, obwohl es bereits 1990 und 1995 seine Kandidatur mit Bezug auf den genannten Artikel als verfassungswidrig eingestuft hatte. Bei den Wahlen im November 2003 kam Ríos Montt schließlich nur auf 19% der Stimmen. Zum neuen Präsidenten Guatemalas wurde Ende 2003 Oscar Berger im zweiten Wahlgang gewählt. Er steht dem Parteienbündnis GANA vor, das sich extra für diese Wahl zusammengefunden hatte.

Panama weist ebenso wie El Salvador ein Mehrparteiensystem mit zwei dominanten Kräften auf.⁴ Die personalistische Fixierung dieser beiden Parteien ist außergewöhnlich: Ex-Präsidentin Moscoso vom *Partido Arnulfista* ist die Witwe des Parteigründers und Namenspatrons Arnulfo Arias Madrid, der zwischen 1931 und 1968 vier Mal die Präsidentschaft Panamas inne hatte. Demgegenüber wurde der *Partido Revolucionario Democrático* (PRD) 1977 vom damaligen Militärherrscher General Omar Torrijos (seit Putsch 1968 an der Macht) gegründet, um seinem autoritären Regime eine Redemokratisierung zu verordnen (Hoffmann 1995: 271f.). Erst in diesem Kontext wurden Parteien überhaupt wieder zugelassen, nachdem Torrijos sie zuvor von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen hatte (Smith 1992: 221). General Torrijos verstarb im Jahr 1981 unter mysteriösen Umständen und hinterließ eine führerlose Partei, deren Vorsitzender und heutiger Präsident Panamas Martín Torrijos ist. Der Sohn des Generals setzte sich bei den

4 Zur historischen Entwicklung des Parteiensystems Panamas bis Ende der 1980er Jahre vgl. Smith (1992).

Präsidentenwahlen im Mai 2004 durch. Seit dem Ende der Militärherrschaft Manuel Noriegas 1989 haben beide Parteien in größeren Allianzen wechselweise regiert. Der PRD wurde von Präsident Pérez Balladares (1994-1999) modernisiert und mit sozialdemokratischer Programmatik ausgestattet (Hoffmann 1995: 273), was aber nicht über die weiter existierende autoritäre und personalistisch geprägte politische Kultur im PRD wie in den anderen Parteien hinwegtäuschen sollte.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Parteiensysteme in den einzelnen Ländern des Isthmus stark voneinander abweichen, obwohl wesentliche Unterschiede in den rechtlichen Rahmenbedingungen lediglich zwischen Belize und seinen spanischsprachigen Nachbarn zu erkennen sind. Die Parteiensysteme scheinen hingegen ebenso wie die Parteien selbst einer starken Prägung durch die historische Entwicklung und die politische Kultur des jeweiligen Landes zu unterliegen. So ist es sicher kein Zufall, dass die instabilsten Parteien/-systeme in den ehemaligen Bürgerkriegsländern Guatemala, El Salvador und Nicaragua vorzufinden sind, die auch durch strenge Prozenzhürden bisher nicht stabilisiert werden konnten. Die Parteien in Zentralamerika sind überwiegend personalistisch orientiert sowie mit wenig innerparteilicher Demokratie und politischer Programmatik ausgestattet. Ihrer wichtigen Aufgabe als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft kommen die Parteien deshalb nur sehr unzureichend nach.

5. Ausblick

Die hier dargestellten Elemente der politischen Systeme in den Staaten Zentralamerikas reflektieren im Wesentlichen die in den Verfassungen und Gesetzen entworfenen politischen Institutionen. Die existierende Lücke zwischen diesem Institutionengefüge und der realen Performanz der politischen Systeme ist aber nach wie vor frappierend. In der politischen Praxis Zentralamerikas fehlen noch eine Reihe wichtiger Aspekte, um von demokratischen Staaten zu sprechen. Allein die Koordinaten des politischen Systems sind für die Etablierung einer demokratischen Ordnung zwar wichtig, aber längst nicht ausreichend. Relativ faire Wahlgesetze und Wahlprozesse haben zu mehr Legitimation der Systeme beigetragen, aber die politischen Parteien nehmen ihre Funktionen in einer demokratischen Gesellschaft nur sehr unzureichend wahr. Hilfreich ist sicher, die Wahltermine und -perioden für Präsident, Parlament und Bürgermeister unterschiedlich zu gestalten. Die Erfahrungen in El Salvador und Nicaragua zeigen, dass die Bürger diese Chancen nutzen, politische Gegengewichte herzustellen und so die übermächtige Do-

minanz einer einzigen Regierungspartei auf allen Ebenen zu verhindern, so wie dies etwa in Guatemala im Jahr 1999 geschehen ist.

Positive Impulse könnte eine weitere Verlagerung von Entscheidungskompetenzen vom Zentralstaat auf die kommunale Ebene bringen, um die Partizipation der Bevölkerung außerhalb der politischen Kreise in den Hauptstädten zu fördern. Ob eine Stärkung der Parlamente, die aktuell von den rechtlichen Konfigurationen der politischen Systeme her gar nicht so schwach ausgestattet sind, gleichzeitig die Demokratie stärken würde, bleibt eher fraglich. Die in den spanischsprachigen Ländern verbreitete Praxis, die Parlamente mit Listenkandidaten zu besetzen, welche zuvor von den Parteiführungen in der Hauptstadt ausgewählt wurden, lässt an der *per se* höheren politischen und demokratischen Kompetenz der Parlamente zweifeln. Hier wäre sicher eine Reform in Richtung von Wahlkreisabgeordneten, die nach Mehrheitswahlrecht gewählt werden, aus dem Wahlkreis stammen und aus politischem Erhaltungstrieb dessen Interessen vertreten müssten, ein Schritt in die richtige Richtung.

Abkürzungsverzeichnis der politischen Parteien

ARENA	Alianza Republicana Nacionalista	El Salvador
DCG	Democracia Cristiana Guatemalteca	Guatemala
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional	El Salvador
FRG	Frente Republicano Guatemalteco	Guatemala
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional	Nicaragua
MAS	Movimiento de Acción Solidaria	Guatemala
PAC	Partido Acción Ciudadana	Costa Rica
PAN	Partido de Avanzada Nacional	Guatemala
PC	Partido Conservador	Nicaragua
PCN	Partido de Conciliación Nacional	El Salvador
PDC	Partido Demócrata Cristiano	El Salvador/Panama
PDCH	Partido Demócrata Cristiano de Honduras	Honduras
PINU	Partido Innovación y Unidad Social Demócrata	Honduras
PL	Partido Liberal de Honduras	Honduras
PLC	Partido Liberal Constitucionalista	Nicaragua
PLN	Partido de la Liberación Nacional	Costa Rica
PNH	Partido Nacional de Honduras	Honduras
PRD	Partido Revolucionario Democrático	Panama
PUP	People's United Party	Belize
PUSC	Partido Unidad Social Cristiana	Costa Rica
UD	Unificación Democrática	Honduras
UDP	United Democratic Party	Belize

Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham (²1996): *Comparative Politics. A Theoretical Framework*. New York.
- Bendel, Petra (1996): *Parteiensysteme in Zentralamerika. Typologien und Erklärungsfaktoren*. Opladen.
- Bendel, Petra/Krennerich, Michael (1996): "Zentralamerika: Die schwierige Institutionalisierung der Demokratie". In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.): *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*. Opladen, S. 315-340.
- Chamorro, Carlos F. (2001): "Nicaragua. Los nuevos retos del liderazgo político". In: *INCEP-Al Día* Nr. 54. Guatemala-Stadt.
- Fischer-Bollin, Peter (2000): "Vom Bürgerkrieg zur Demokratie: Die schwierige Demokratisierung in Zentralamerika". In: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.): *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation* Nr. 44. Hamburg, S. 62-70.
- Georgetown University (2005): *Constituciones Políticas*. Base de Datos Políticos de las Américas <<http://www.georgetown.edu/pdba/Constitutions/constitutions.html>> [25.05.2005].
- Hoffmann, Karl-Dieter (1995): "Panama". In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der dritten Welt*. Bonn, S. 243-276.
- Illy, Hans F./Laceur, Sebastian (1995): "Belize". In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der dritten Welt*. Bonn, S. 358-369.
- INCEP (2001): "Reformas electorales – una tarea imposible". In: *Panorama Centroamericano*, Nr. 173. Guatemala, S. 11-16.
- Jost, Stefan (Hrsg.) (1997): *Los Partidos Políticos en las Constituciones y Legislaciones. Textos y Análisis de diecinueve Países*. La Paz/Bolivia.
- Krumwiede, Heinrich-W. (1997): "Die Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas. Ihre verfassungsrechtlichen Kompetenzen". In: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 1997*. Frankfurt am Main, S. 86-107.
- Shoman, Assad (1992): "Party Politics in Belize". In: Goodman, Louis W./LeoGrande, William M./Mendelson Forman, Johanna (Hrsg.): *Political Parties and Democracy in Central America*. Boulder, S. 111-134.
- Smith, David A. (1992): "Panama. Political Parties, Social Crisis and Democracy in the 1980s". In: Goodman, Louis W./LeoGrande, William M./Mendelson Forman, Johanna (Hrsg.): *Political Parties and Democracy in Central America*. Boulder, S. 213-233.